



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 14.11.2024**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:36 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Prof. Dr. Claudia Dalbert	Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Olaf Böhlke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Vertreter für Herrn Radtke
Dr. Jörg Erdsack	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Riedel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Körner
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Friedemann Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Tim Kehrwieder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:12 Uhr
Josef Hebeda	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:26 Uhr
Marion Krischok	Sachkundige Einwohnerin
Johannes Menke	Sachkundiger Einwohner
Julius Neumann	Sachkundiger Einwohner
Miriam Schöps	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 19:20 Uhr
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt (GBII)
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Simon Kuchta	Leiter Fachbereich Umwelt
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Marco Glasl	Leiter Abteilung Service / Fachbereich Sicherheit
Rüdiger Franz	Leiter Team Bäume
Sarah Lange	Protokollführerin

### **Gast**

Andreas Dockhorn	Polizeidirektor Polizeirevier Halle (Saale)
------------------	---

## **Entschuldigt fehlten:**

Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Henry Körner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von der Vorsitzenden, **Frau Prof. Dr. Dalbert**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Dr. Burkert** vertagte den Antrag ihrer Fraktion unter Tagesordnungspunkt 6.1.

**Frau Prof. Dr. Dalbert** informierte, dass die Niederschrift vom 17.10.2024 vertagt werden muss.

**Herr Rebenstorf** bezog sich auf die Tagesordnungspunkte 5.2 und 5.3 und entschuldigte sich, dass die Beschlussvorlagen nicht von vornherein im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung in der Beratungsfolge hinterlegt waren. Er bat darum, die beiden Beschlussvorlagen in der heutigen Sitzung zu diskutieren und offene Fragen mitzunehmen, da in der kommenden Sitzung, sowohl im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung als auch im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung die Vertreter vom Land und vom Vorhabenträger mit anwesend sein werden. Für das weitere Verfahren schlug er nach der Diskussion einen Vertagungsantrag durch einen Stadtrat vor.

**Frau Prof. Dr. Dalbert** wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 8.2 vertagt werden muss, und verwies bezüglich der Gründe auf die hinterlegte Antwort der Verwaltung.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht. **Frau Prof. Dr. Dalbert** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2024  
**VERTAGT**
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1. Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023  
Vorlage: VIII/2024/00245
  - 5.2. Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße – Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VII/2024/06889

- 5.3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 43 Sonderbaufläche Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße – Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung  
Vorlage: VII/2024/07331
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Freiflächen für die Nachtkultur  
Vorlage: VIII/2024/00147 **VERTAGT**
7. Mitteilungen
- 7.1. Information der Polizei zum Thema Jugendkriminalität
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage Fraktion Die Linke zu Zulassungen für die Wochenmärkte und Sondernutzungen von Händler\*innen  
Vorlage: VIII/2024/00444
- 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bewertung eines Pilotprojektes zur autonomen Straßenbahn  
Vorlage: VIII/2024/00463 **VERTAGT**
- 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Gebührenerhebung bei Erstbescheiden  
Vorlage: VIII/2024/00464
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2024 **VERTAGT**
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

### zu 3 Einwohnerfragestunde

---

#### zu 3.1 Fragesteller 1 zur PPK Fraktion

---

**Fragesteller 1** bezog sich auf seine Frage in der Einwohnerfragestunde im Oktober 2024 zur PPK-Fraktion und fragte, ob der Ansatz zum Überschuss (380.000 Euro) noch bis zum Haushaltsbeschluss aktualisiert wird.

**Herr Kuchta** antwortete, dass derzeit noch keine aktualisierten Zahlen vorliegen.

**Fragesteller 1** wies darauf hin, dass es sich dabei um erhebliche Zuflüsse handelt, die unbedingt korrigiert werden sollten.

### zu 5 Beschlussvorlagen

---

#### zu 5.1 Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2025 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2025 sowie den Beteiligungsbericht 2023 Vorlage: VIII/2024/00245

---

**Frau Wolf** bezog sich auf zwei Antworten im Fragenkatalog zum Haushalt bezüglich der Erhaltung des Baumbestandes (Anfrage der Fraktion Volt; S. 7 / MitBürger & Anfrage DIE LINKE; S. 3) welche zwei unterschiedliche V-Ist 31.12.2024 ausweisen. Sie bat um Stellungnahme.

**Herr Kuchta** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Raue** bezog sich auf das Dienstleistungszentrum Klimaschutz und sagte, dass in diesem Bereich eine Personalstelle wegfällt, und sagte, dass im Ansatz der Personalaufwendungen für 2025 lediglich ein Rückgang von ca. 20.000 Euro zu verzeichnen ist. Er bat um Erklärung. (S. 167)

**Herr Zwick** antwortete, dass die besagte Personalstelle eine geförderte Personalstelle war, das heißt, dass sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben zu 100 Prozent durch Fördermittel gedeckt waren. Bezüglich der Differenz im Ansatz sicherte er eine schriftliche Beantwortung zu.

*Auf Antrag des Stadtrates Herrn Raue wurde zu folgender Textpassage ein Wortprotokoll angefertigt*

#### **Herr Raue**

Ich wollte fragen, ob im Haushalt irgendwelche Förderprogramme in Bezug auf Bevölkerungs- und Katastrophenschutz abgebildet sind, ob es Förderprogramme gibt und ob insbesondere was den Bevölkerungsschutz direkt angeht, ob da Vorhaltungen oder Aufwendungen ausgewiesen sind und wenn ja, wo.

**Herr Teschner**

Das würde Herr Glasl beantworten.

**Herr Glasl**

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben im Fachbereich Sicherheit den Bereich des Katastrophenschutzes. Dieser bildet sich einmal im Ergebnishaushalt ab und einmal im Finanzhaushalt. Ich würde Ihnen auch sofort die Seitenzahlen sagen. Ich muss sie bloß selber erstmal herausuchen. Die Ansätze für den Bereich des Katastrophenschutzes sind im Ergebnishaushalt, also die laufenden Aufwendungen, Personalkosten und laufenden Sachaufwendungen, auf der Seite 232 ersichtlich. Das ist das Produkt Katastrophenschutz. Hier ist natürlich Zivil- und Katastrophenschutz zusammengefasst. Und das Ganze bildet sich auch noch einmal im Finanzaushalt für den Bereich Investitionen ab. Auch da sage ich Ihnen die Seite gleich. Und zwar ist das die Seite 245. Hier sind die Investitionen in die Einrichtung des Katastrophenschutzes, somit auch des Zivilschutzes, enthalten.

**Herr Raue**

Okay, vielen Dank. Das habe ich gewusst. Mir wäre es wichtig zu wissen, ob es Förderprogramme seitens des Landes oder des Bundes gibt, also insbesondere für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz im Hinblick auch auf die Ukraine-Krise. Ja, nicht einfach auf eine normale Brandlage, sondern im Prinzip, also, tatsächlich die Bausubstanz gegebenenfalls stärken würde oder die das Eingreifen der Feuerwehr oder sowas verbessert, ja, in dieser Beziehung da. Dahin geht meine Frage, ich kann es auch weiter präzisieren.

**Herr Teschner**

Nein, die gibt es nicht.

**Herr Raue**

Okay, es gibt keine Förderprogramme. Und hat die Stadt irgend sowas angeregt beim Land oder beim Bund? Denn wir führen ja quasi Krieg und sind nicht vorbereitet.

**Herr Teschner**

Das wäre Aufgabe des Bundes, das zu tun.

**Herr Raue**

Ja, aber auch der Stadt das zu erfragen, das wäre unsere gemeinsame Aufgabe, das ist nicht Ihre Aufgabe. Aber ja, die Frage ist eben, die Stadt müsste sich dazu äußern und müsste genau solche Förderprogramme abfragen oder einfordern. Das ist meine Frage. Die gibt es nicht, okay.

**Herr Teschner**

Die ist mir nicht bekannt, nein.

**Herr Raue**

Okay, ich hätte noch eine letzte Frage. Okay, ich weiß auch nicht, das ist ja nicht Teil des Haushaltsplanes selbst. Aber die Bevorratung mit beispielsweise Decken, Benzin, was weiß ich, Material, die notwendig wäre, um Großschadensereignisse denen zu begegnen. Gibt es da sowas wie eine Liste, die irgendwie abgeglichen wird und gibt es zu dieser Liste, wenn es die gibt, neue Forderungen seitens des Bundes und wer muss das finanzieren? Und aus welchem Haushalt?

### **Herr Teschner**

Also, wir hatten ja zuletzt dargestellt, dass es eine Erlasslage durchaus gibt, was den Katastrophenschutz betrifft. Der betrifft aber die Aufstellung, insbesondere die Fahrzeuge und die Besetzung der Fahrzeuge. Es gibt keine verbindlichen Vorgaben, was eine Bevorratung betrifft. Und da gibt es auch keine aktualisierte und auch keine Änderungen in jüngerer Zeit. Das heißt, Sie ziehen auf was anderes ab, aber es gibt natürlich viele Dinge, die hier durchaus bevorratet sind, was jetzt zum Beispiel Hochwasserschutz betrifft, was Notstromerzeugung betrifft, was Kraftstoff betrifft. Konkrete Vorgaben dafür gibt es aber nicht.

### **Herr Raue**

Also, das ist ja durchaus Dualis, was man zweiverwendungsfähig für jede Gefahrenlage verwenden kann. Aber wie bereitet sich die Stadt selbst auf solche hochgefährlichen Ereignisse vor, die jetzt mal abseits von jeder Gefahrenlage, die wir jetzt so absehen können, die also im Zivilen, in Friedenszeiten eintreten können. Wir haben ja einen Haushalt, der jetzt eingebracht wird. Das ist ja im Prinzip aus meiner Sicht übertragener Wirkungskreis, Arbeitsbereich des Oberbürgermeisters, aber der hat ja kein Geld in der Hosentasche, der muss es ja irgendwo rausfinanzieren. Das heißt, der muss ja in dem Haushalt theoretisch Mittel bereitstellen, um zu sagen: Okay, es gibt jetzt keine Forderung seitens des Bundes oder des Landes, aber ich muss meine Stadt trotzdem vorbereiten, weil ich Verantwortlicher oder Verantwortungsträger bin. Wie geschieht sowas? Gibt es da irgendwie ein Budget, einen Etat, eine Planung? Wo besorgte Bürger wie ich da vielleicht mal informiert werden können?

### **Herr Teschner**

Also, die Haushaltsplanung liegt Ihnen ja vor, die kennen Sie auch, das ist keine Frage. Aus diesen Mitteln wirtschaften wir, es gibt ja auch die Mittelfristplanung, und wir bereiten uns auf alle Szenarien vor, die wir als Stadt für möglich erachten in näherer Zeit, auf die man sich auch vorbereiten kann. Es gibt natürlich auch Szenarien, auf die man sich nicht vorbereiten kann. Der Katastrophenschutz umfasst ja typischerweise Wetterereignisse, Hochwasser, Großschadenslagen und so weiter bis hin zum Stromausfall. Das sind die Dinge, auf die wir uns inhaltlich vorbereiten. Ich weiß, worauf Sie hinauswollen, aber da müssten Sie etwas konkreter werden, bitte.

### **Herr Raue**

Genau das sind ja so diese Ereignisse, Schlechtwetter oder Gefahrenlagen, die aus Wetterereignissen kommen oder aus irgendwelchen Unfällen und dergleichen. Das sind alles Ereignisse, die sozusagen in einem gewissen Zeitraum überspannen, vielleicht eine Woche, vielleicht auch nur regional zu einer angespannten Versorgungslage führen. Aber ein Ereignis, wie es zum Beispiel in der Ukraine ist und wie daraus resultieren kann für uns alle, das ist ein Ereignis, was dann sozusagen über einen sehr, sehr langen Zeitraum ist, was sozusagen zur Folge haben würde, wenn Sie jetzt beispielsweise sagen, ich habe jetzt 20.000 Liter Dieselmotorkraftstoff für die Notstromversorgung, für Krankenhäuser und sonst was vorrätig. Dann reicht das für eine Gefahrenlage, die im Prinzip wir jetzt heute im zivilen Bereich absehen können. Aber wenn so eine Gefahrenlage das gesamte Land betrifft, das gesamte Territorium der Bundesrepublik Deutschland, dann reicht das natürlich nicht mehr. Weil, theoretisch helfen sich ja die Landkreise, wie Sie wissen, Herr Teschner, gegenseitig immer und die Bundesländer helfen sich gegenseitig. In so einer Situation kann zum Beispiel das Bundesland Sachsen uns nicht helfen und die Stadt Leipzig kann uns nicht helfen. Ja, da kann im Prinzip nur jeder, ist dann so einsatzbereit, wie er sich selbst vorbereitet hat. Darum geht es mir, darauf zielt auch meine Frage ab.

Und das ist eine Sache, wo wir uns auf größere Zeiträume und größere Mengen vorbereiten müssen. Und solche... Ich sage mal, Materiallagerungen, die müssen auch natürlich weiter verteilt werden. Die dürfen nicht nur konzentriert gelagert werden, sondern das muss dann... Und das muss man ja planen, herrichten, unterhalten und natürlich auch erwerben und finanzieren. Das ist ein größerer Batzen Geld. Okay, jetzt haben wir aber. Den Kern getroffen.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Danke, Herr Raue. Ich empfehle Ihnen durchaus, dass Ihre Landtagsfraktion mal auf der Landesebene nachfragt, weil das Land macht auch Bevorratungen für Notfälle.

**Herr Raue**

Liebe Frau Dalbert, das ist Ihre persönliche Meinung, an Sie ging meine Frage nicht. Der Herr Teschner sollte mir antworten.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Genau, aber ich darf ja auch einen kleinen Kommentar geben.

**Herr Raue**

Ich durfte das nie, Frau Dalbert. Gucken Sie mal in die Protokolle.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herr Raabe.

**Herr Raabe**

Vielen Dank Frau Vorsitzende. Meine Frage ist, bezieht sich auf die Wahlen

**Herr Raue**

Vielen Dank, ich habe noch keine Antwort bekommen. Ich wollte eigentlich jetzt hören von Herrn Teschner: Auf so eine Lage sind wir überhaupt nicht vorbereitet ggf.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Ich hatte das so verstanden, das war ihr abschließender Kommentar und deswegen sind wir jetzt weitergegangen. Herr Raabe.

*-Wortprotokoll Ende-*

**Herr Raabe** bezog sich auf die Wahlen und fragte, inwiefern es schon Berechnungen oder Ergebnisse gibt, wie sich eine Zusammenlegung mit der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 auf die im Haushalt festgelegten Kosten für die Wahlen auswirken wird.

**Herr Tappel** antwortete, dass es noch keine Berechnungen gibt, da das Datum für die Bundestagswahl noch nicht offiziell bestätigt wurde.

**Herr Neumann** bezog sich auf den Fragenkatalog des Haushaltes (Anfrage der Fraktion Volt/MitBürger zur Erhaltung des Baumbestandes/1.55101) und sagte, dass beim Erhalt des Baumbestandes der Plan deutlich höher ist als das V-Ist und wiederum bei der Unterhaltung Stadtwald, Grünanlagen der Plan deutlich niedriger ist als das V-Ist.

**Herr Kuchta** antwortete, dass es sich dabei um ein Produkt handelt. Intern ist es daher möglich die Zahlen innerhalb des Produktes neu zu verschieben. Eine Anpassung der Zahlen wäre aufgrund der Erfahrung des letzten Jahres notwendig. Allerdings haben die Zahlen nur eine interne Wirkung.



**Herr Neumann** fragte, ob der Ablauf in diesem Jahr planmäßig war.

**Herr Franz** bejahte dies und ergänzte, dass dieser Bereich auch den generellen Preissteigerungen unterliegt. Im Bereich der Grünflächenpflege gab es allerdings einen deutlichen Preisanstieg in Höhe von 30 Prozent für die Vergabe der Rasenmähd. Daher ist es gut, nur ein Produkt zu haben, in dem man variieren kann.

**Herr Doege** sagte, dass bei der Rasenmähd viel gespart wurde, da seiner Meinung nach nicht oft gemäht wurde.

**Herr Franz** wies darauf hin, dass europaweit ausgeschrieben werden muss. Zudem kam es dazu, dass eine Firma keine Mitarbeiter zur Verfügung hatte. Die Firma musste daraufhin den Vertrag mit der Stadt Halle (Saale) kündigen. Der Versuch, Ersatz zu bekommen, war fast unmöglich, da es nur noch wenig Unternehmen gibt, die diese Leistungen anbieten.

**Herr Doege** fragte, ob die Ansätze im kommenden Jahr folglich angehoben werden müssen.

**Herr Franz** antwortete, dass dies anders kompensiert werden soll.

**Frau Wolf** bezog sich zur Maßnahme Begrünung Markt – Klima/Hitzeschutz und sagte, dass von 100.000 Euro 60.000 Euro für die Betreuung des Wettbewerbes Wasserspielplatz Marktplatz verwendet wurden und für 40.000 Euro Blumenkübel zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität angeschafft werden. Sie sagte, dass die Betreuungskosten ihrer Meinung nach recht hoch sind. Weiterhin fragte sie, ob es sich um zusätzliche Blumenkübel handelt. (S. 653)

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass es sich um neue Blumenkübel handelt. Bezüglich der Kosten zur Betreuung des Wettbewerbes sagte er, dass diese überschaubar kostengünstig sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Prof. Dr.** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis SKE:** einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2025. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2025 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2025 mit dem Haushaltsplan 2025.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2023 zur Kenntnis.

**zu 5.2      Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße – Aufstellungsbeschluss**  
**Vorlage: VII/2024/06889**

---

**zu 5.3      Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 43 Sonderbaufläche Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße – Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung**  
**Vorlage: VII/2024/07331**

---

**Herr Rebenstorf** führte in die beiden Beschlussvorlagen ein und begründete diese.

**Frau Schöps** fragte, ob es ein Gutachten zum Einfluss auf das Stadtklima gibt. Des Weiteren fragte sie, wie hoch die Geschosshöhe bzw. die Grundfläche sein wird.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass die Stadt selbst ein neues mikroklimatisches Gutachten eingefordert hat. Es soll ein möglichst flaches Gebäude erbaut werden, sodass eine Luftüberströmung möglich ist. Er wies weiterhin darauf hin, dass es sich um ein Vollverfahren handelt, das heißt, es gibt einen Vorentwurf und einen Entwurf. Die Öffentlichkeit wird zweimal beteiligt, sodass zwei Beschlüsse zur Offenlage gefasst werden.

**Frau Wolf** merkte an, dass durch die Flächeninanspruchnahme ein Schaden entsteht und das Kaltluftentstehungsgebiet folglich entfällt. Sie kritisierte den Verlust von wertvoller Ackerfläche.

**Herr Menke** bezog sich auf das erstellte Gutachten aus dem Jahr 2019 und fragte, ob die geplanten 15 Hektar identisch mit der Fläche des damals geplanten Star Parks II sind. Weiterhin fragte er, ob das Grundstück bereits durch das Land gekauft wurde.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass die damals geplante Flächeninanspruchnahme ca. im dreistelligen Hektarbereich angesiedelt war. Das erstellte Gutachten ist zu veraltet. Bezüglich des Grundstückes sagte er, dass es dazu noch eine Anfrage von Herrn Aldag zum Vorkaufrecht gibt. Diese wird zeitnah beantwortet. Laut seiner Kenntnis wurden die Flächen durch das Land gekauft.

**Frau Dr. Burkert** betonte, dass es aus Sicht ihrer Fraktion effizienter gewesen wäre, für das Vorhaben alte Industriebrachen oder bereits versiegelte Flächen zu verwenden. Sie fragte, ob der Standort Frohe Zukunft für das Land attraktiver wäre, wenn der Stadtratsbeschluss bezüglich der zu versetzenden Mauer aufgehoben würde.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass Bauen im Bestand mit Insassen ein Hindernis darstellt. Das Land sieht keine Möglichkeiten einer Umsiedlung.

**Herr Raue** sagte, dass seine Fraktion dem Neubau einer Haftanstalt kritisch gegenübersteht. Seine Fraktion wird daher einem solchen Beschlussvorschlag niemals zustimmen. Seiner Meinung nach ist es nicht Aufgabe des Steuerzahlers, den Insassen eine komfortablere Ausstattung etc. zu bezahlen. Er kritisierte, dass funktionierende Infrastruktur permanent abgerissen und ein wenig besser neu errichtet wird. Die Investitionsmittel könnte man für andere wichtigere Vorhaben umlenken (Bsp.: Bevölkerungskatastrophenschutz). Er wünschte sich von den anderen Fraktionen mehr Widerspruch zum Vorhaben. Zum anderen sagte er, dass es seiner Meinung nach vorgeschobene Gründe sind, weshalb der derzeitige Standort nicht ertüchtigt werden kann. Das Land ist nicht mehr in der Lage, solche Vorhaben selbst zu planen, deswegen bedarf es nach seiner Auffassung eines Generalunternehmens.



## zu 7      **Mitteilungen**

---

### zu 7.1      **Information der Polizei zum Thema Jugendkriminalität**

---

*Auf Antrag des Stadtrates Herrn Raue wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt. In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde im Vorfeld Herrn Andreas Dockhorn das Rederecht erteilt.*

#### **Herr Dockhorn**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen Dank. Ich war bereits vor knapp über einem Jahr schon mal zu der Thematik hier in dieser Runde. Insofern möchte ich einfach an das, was ich dort ausgeführt habe, anknüpfen. Ich möchte Ihnen zu der Kriminalitätssituation, wie sie sich aktuell darstellt, kurz ein paar Ausführungen machen. Insbesondere mit der Schwerpunktthematik Jugendkriminalität. Damit ich das Ihnen auch etwas näherbringen kann, gebietet es sich, dass ich Ihnen kurz die Zahlen vom letzten Jahr zeige. Und insofern blicken wir auf die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik, die sich in den zurückliegenden Jahren für die Stadt Halle ergeben, und mussten für das letzte Jahr einen Anstieg der Kriminalitätszahlen um knapp 3.000 Fälle verzeichnen. Was dann, und das würde ich gleich im Anschluss zeigen, sich in bestimmten Deliktsbereichen widerschlägt oder niedergeschlagen hat, die nicht ausschließlich oder in den wenigen Fällen in der Jugendkriminalität zu suchen sind.

Wenn wir also genau hinschauen, dann müssen wir feststellen, dass wir im zurückliegenden Jahr insbesondere im Bereich der Diebstahlsvermögens- und Fälschungsdelikte einen extremen Anstieg zu verzeichnen hatten in den Fallzahlen. Dazu kommen dann natürlich Hoheitsdelikte, die einen Teil dieser Delikte ausmachen, die wir dann der Jugendkriminalität zuzuzählen haben. Wenn wir dann schauen, was dann ja auch dazu gehört. Wer sind denn diese Tatverdächtigen vom Alter her? Dann müssen wir leider eben feststellen, dass wir im letzten Jahr einen besonderen Anstieg genau in den Bereichen in der Gruppe der Jugendlichen zu verzeichnen haben. Wenn wir gesamt einen Anstieg der Tatverdächtigen hatten, der sich knapp unter 10 Prozent sich bewegte, hatten wir bei der Gruppe der Jugendlichen einen Anstieg von knapp 17 Prozent zu verzeichnen.

Wenn wir das dann mal vergleichen, von einem Jahr aufs andere, in der Zusammensetzung, dann ist eben der generelle Anstieg festzustellen, den wir dort haben, aber eben der deutliche Anstieg in den entsprechenden Altersgruppen, einschließlich der nicht strafrechtlich relevanten Gruppe der Kinder. Wir haben also Straftaten, die wir festgestellt haben, die wir entgegengenommen haben, aufgenommen haben, wo wir auch zunehmend Kinder als tatverdächtige Personen feststellen mussten, die dann natürlich aufgrund der Strafunmündigkeit für diese Taten nicht belangt wurden, wo wir aber dann, und da würde ich jetzt im Folgenden darauf eingehen, mit den Maßnahmen, die wir schon eine ganze Weile in zurückliegender Zeit laufen haben, die wir dann intensiviert haben, vor knapp einem Jahr besonders intensiviert haben, wo wir eine besondere Beziehung mittlerweile aufgebaut haben, nicht nur zur Stadt, insbesondere zum Jugendamt, sondern eben auch zur Staatsanwaltschaft und zu sonstigen Trägern.

Dann komme ich zu den Problembereich Jugendkriminalität. Ich sage deswegen „Problem-bereich“, weil uns das vor gut einem Jahr sehr beschäftigt hat, in der Form sehr beschäftigt hat, weil wir dann natürlich insbesondere durch entsprechende Mitteilungen aus der Presse, aber auch durch den einen oder anderen Bürger, der sich an uns gewandt hat, darauf aufmerksam geworden sind, gemacht wurden, dass wir ein Problem haben. Und das Problem für uns war im Wesentlichen, dass wir, ein großes Dunkelfeld zu verzeichnen hatten. Ein großes Dunkelfeld, was sich darauf bezieht, dass viele Straftaten uns nicht zur Anzeige gebracht wurden.

Wenn ich Ihnen nachher die Zahlen zeige, werden Sie sehen: Wir hatten insbesondere mit Schuljahresbeginn 2023/2024 einen extremen Anstieg an Straftaten zu verzeichnen, der sich dann natürlich auch damit erklären ließ, dass dieses in die Öffentlichkeit tragen, dieses publik machen, auch dazu geführt hat, dass wir aufgrund dieser Hinweise auch die ein oder andere Straftat erst einmal aufgrund der Berichterstattung verschriftlicht haben und dann ermitteln konnten.

Zu der Thematik ist eine Einnahme, die sie im Polizeirevier zunächst gebildet wurden. Wer sich noch erinnern kann: Es gab Sachverhalte, Ereignisse im Zusammenhang mit dem Landesmuseum für Vorgeschichte, das war Ende 2021/Anfang 2022, was dann im April 2022 dazu geführt hat, dass wir eine Ermittlungsgruppe im Polizeirevier geführt haben und in der Fortfolge und insbesondere dann mit der zunehmenden Berichterstattung und den Fallzahlen im September letzten Jahres dann das Innenministerium und die Polizeiinspektion, also die uns übergeordnete Behörde, hier nochmal ein deutliches Plus an Maßnahmen, an Kräften investiert hat, um hier entsprechend noch weitere Maßnahmen einzuleiten, um das Ganze entsprechend beherrschen zu können.

Mit Blick auf die Zahlen, wie sie sich entwickelt haben, möchte ich Ihr Augenmerk einmal auf die Zahlen im Juni und im August 2003 lenken. Wir hatten also in der Spitze in einem Monat 60 bzw. 57 Straftaten, die wir zu verzeichnen hatten. Das waren also quasi jeden Tag knapp zwei Straftaten, und das hat uns insofern schon beschäftigt, weil wir natürlich zum Teil über das Stadtgebiet, verteilt mit großem Schwerpunkt in Halle-Neustadt, aber eben auch über alle Schulformen hinweg Straftaten angezeigt bekommen haben, wo Schüler und Schülerinnen Opfer von Straftaten geworden sind, wo Verfahrensweise, Handlungsweisen an den Tag gelegt worden, die wir bis dato so nicht kannten.

Aber durch die Herangehensweise, dass wir zum einen mit Unterstützung der Landesbereitschaftspolizei an den Schulen, im Umfeld entsprechend die Präsenz deutlich erhöhen konnten und zum anderen natürlich, indem wir die Ermittlungsarbeit entsprechend konzentrieren konnten, konnten dann die Ermittlungserfolge deutlich erhöht werden. Das sind also, das zeige ich Ihnen auf der nächsten Folie, bei einem Verfahrensstand aktuell von fast 580 Verfahren und bei derzeit 290 ermittelnden Tatverdächtigen. Und das führt letztendlich auch dazu, plus die Maßnahmen, die dann im Umfeld noch gelaufen sind, mit Schulsozialarbeitern, mit den Schulen, insbesondere die Präventionsmaßnahmen im Jugendamt, dass wir eine deutliche Reduzierung der Zahlen erzielen konnten und aktuell, davon sprechen können, dass wir jetzt einen Stand erreicht haben, den wir als mehr oder weniger Normalstand bezeichnen würden. Wir haben also einen sehr niedrigen, zweistelligen, teilweise einstelligen Bereich beziehungsweise eine Anzahl von Straftaten in einem Monat, was uns jetzt dazu führen wird, dass wir sukzessive das, was wir bisher mit einer besonderen Kraftanstrengung aus einer besonderen Aufbauorganisation betrieben haben, jetzt wieder ins Tagesgeschäft überführen werden, ohne dabei zu vernachlässigen das, was wir jetzt an neuen Instrumenten geschaffen haben.

An neuen Instrumenten heißt: Wir haben für diesen Bereich Prävention Kollegen entsprechend fortgebildet, die dann auch aus Eigeninitiative heraus eine Befragung innerhalb der Schülerschaft durchgeführt haben, mit knapp über 3.800 Schülern, die dort Rede und Antwort gestanden haben und die dann mit Unterstützung der Martin-Luther-Universität das Ganze auch wissenschaftlich aufbereitet haben. Da ist derzeit geplant, dass wir mit den Vertretern der Stadt und der Staatsanwaltschaft am Ende des Monats die Ergebnisse präsentieren, und danach wird das Ganze auch an die Öffentlichkeit gegeben werden.

Für uns, ein klein wenig überraschend, neben der Erkenntnis, die wir eigentlich so üblicherweise immer schon haben, Freitagnachmittag, Freitagabend ist meistens was los. Da hat man jetzt auch hier im Bereich der Jugendkriminalität die entsprechenden Straftaten, wo insbesondere für diesen Phänomenbereich Montag und Dienstag, wo wir sehr viele Taten zu verzeichnen haben, und dann halt in den Nachmittagsstunden.

Die Ergebnisse, denke ich, sind insofern vorzeigbar, weil wir sehr viele Tatverdächtige sichtbar machen konnten. Wir konnten die identifizieren. Es sind einige Tatverdächtige herausgestochen, die eben nicht nur mit ein, zwei Taten aufgefallen sind. Wir haben also von den 290 ermittelten Tatverdächtigen allein 11 Tatverdächtige, die über zehn Straftaten begangen haben. Und darin erklärt sich dann auch unter anderem, dass wir hier entsprechend auch die Haftstrafen in der Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und dem Jugendrichter erzielen konnten. Also auch das ist schon eine Besonderheit in dem Themenzusammenhang, dass wir insbesondere bei dem sehr bekannt gewordenen einen Straftäter eine Haftstrafe haben, und der ist erst 14. Also das ist schon was Besonderes, zeigt aber eben auch, dass, glaube ich, wenn die Maßnahmen so konzentriert durchgeführt werden, die Abstimmung sehr eng ist, dass da einiges möglich ist.

Ja, was sind das nun für Straftaten gewesen, die diese Ermittlungsgruppe vordergründig bearbeitet hat? Vielleicht nur mal kurz, um das deutlich zu machen. Wir sprechen über Raubstrafaten. Wir sprechen über entsprechende Erpressungen, Nötigungen, Körperverletzungsdelikte und einfache Diebstahlsdelikte. Alles das, was darüber hinausgeht, was wir auch noch haben, was so, ich will nicht sagen jugendtypisch ist, aber wo wir häufig auch mit Jugendlichen zu tun haben, Sachbeschädigung durch Graffiti etc., ist dort eigentlich nicht mit erfasst.

Und der letzte Punkt, den ich Ihnen dann eben noch gerne präsentieren würde, ist das, was wir dann tatsächlich neu ausprobiert haben. Die Frage, die uns ja bewegt hat, war: Warum wird so wenig angezeigt? Warum ist so wenig Vertrauen offensichtlich in Polizei da? Und da haben sich bei uns einige junge Kollegen gefunden, die da entsprechend motiviert waren, und die sind dann tatsächlich an die Schulen gegangen. Ich war skeptisch, aber gut, ich bin ja schon etwas älter, aber die jungen Kollegen sind dann von den Schülerinnen und Schülern auch wirklich, gut, die waren zivil, aber die sind eben auch wirklich als Gesprächspartner akzeptiert worden. Das erklärt die hohe Anzahl an Fragebögen, die wir dann im Grunde zurückbekommen haben, beziehungsweise die ausgefüllt wurden und die dann eben auch wirklich zu sehr guten Erkenntnissen geführt haben, die uns zumindest aktuell jetzt in die Lage versetzen, zum einen diese Bearbeitung der Delikte wieder in das Tagesgeschäft, überführen zu können und zum anderen jetzt zumindest ein Handwerkszeug zu haben für den Fall, dass sich dort wieder etwas entwickeln sollte. Dann ist klar, welche Stellschrauben funktioniert haben und welche Stellschrauben man zukünftig bei erneutem Ansteigen sofort wieder bedienen kann. Und das sind nicht nur Stellschrauben bei der Polizei, sondern auch bei der Staatsanwaltschaft, beziehungsweise bei der Justiz. Ja, dann wäre ich durch soweit.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herzlichen Dank, Herr Dockhorn. Herr Menke.

**Herr Menke**

Ja, vielen Dank. Herr Dockhorn, Sie sprachen ja darüber, dass Sie auch mit einer besonders hohen Dunkelziffer rechnen und gerade am Anfang kaum Anzeigen gekommen sind und Sie dann erst über Presse und sonstige öffentliche Wahrnehmungen auch mitbekommen haben, wie massiv das Ganze ist. Haben Sie mal Erhebungen darüber gemacht, wie hoch vielleicht die Dunkelziffer ist, auch heute noch? Und diese Dunkelziffer war ja damals, so habe ich es jedenfalls wahrgenommen, auch deshalb so hoch, weil von Jugendlichen Personalausweise fotografiert wurden und die bedroht wurden: Wenn ihr eine Anzeige macht, wenn ihr euren Eltern was sagt, zur Polizei geht usw., dann wissen wir, wo ihr wohnt, wir kommen. Solche Vorfälle hat es dann auch gegeben, dass Elternhäuser wohl belagert wurden. Also, diese Dunkelziffer interessiert mich. Wie schätzen Sie die präventive Wirkung ein? Wenn Sie dann jetzt wirklich mal solche Leute wie Gucci-Abdul und seinen Kumpel im Raßnitz in den Untersuchungshafen gesteckt haben, hat das Wirkung gezeigt auf die Gruppen, mit denen die so zusammengearbeitet haben?

Und dann habe ich noch eine Frage. Was mich ärgert, ist, wenn ich in der Presse lese: Jugendliche sind in Streit geraten. Weil ich weiß von Jugendlichen, mit denen ich selber gesprochen habe und auch von deren Eltern, dass sich der Streit immer so vollzogen hat, dass Gucci-Abdul auf die Kinder zugegangen ist, auch auf Schulhöfen, hat die so lange provoziert mit schlimmsten Worten wie „Ich fick deine Mutter“ und solche Sachen, bis die dann aufgestanden sind und dann gesagt haben, jetzt hau hier endlich ab und dann steht am nächsten Tag in der Presse: „Jugendliche sind in Streit geraten.“ Das sind provozierte Streitigkeiten, die systematisch provoziert werden, um dann einen Grund für den Angriff zu haben. Also in dem Moment, wo die Kinder da auf dem Gymnasium aufgestanden sind, hat Gucci-Abdul zugeschlagen. Und deswegen ärgert mich das sehr, wenn ich lese: „Jugendliche sind in Streit geraten, es kam zu einer Schlägerei.“ Die sind nicht in Streit geraten. Der Streit wurde von einer Seite provoziert, um dann zuzuschlagen und um dann was zu entwenden. Also die Fragen habe ich mir jetzt so gestellt, als ich Ihnen zugehört habe.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Danke Herr Menke. Herr Dockhorn.

**Herr Dockhorn**

Also zum einen, was Dunkelfeld erhellen betrifft, gibt es sicherlich die Möglichkeit, Befragungen durchzuführen. Die Frage ist halt immer: Sie brauchen zum einen jemanden, der sich so einer Befragung stellt, der die entsprechenden Erfahrungen gemacht hat, der dann auch die entsprechenden Aussagen tätigen kann. Wir haben für dieses spezielle Phänomen einfach bei, natürlich wir diese Berichte hatten, teilweise diese Aussagen hatten, wir für uns eben auch festgestellt haben, wie viele wird es denn noch betreffen. Das ist ja auch dann immer schwierig abzuschätzen, über welche Größe reden wir. Also wir wissen generell: Wir haben zu den uns bekannten Straftaten immer ein Dunkelfeld. Das ist von Delikt zu Delikt unterschiedlich und hängt dann im Wesentlichen davon ab, inwieweit es Geschädigte gibt, die auch zur Anzeige bereit sind. Von daher war das jetzt ein Versuch, den wir unternommen haben, der aber nicht so generell funktioniert. Funktioniert auch nicht so generell, weil die Grundannahme bei uns ist, Opfer melden sich, wenn sie eine Anzeige machen wollen. Und derjenige, der nicht merkt, dass er Opfer an der Straftat geworden ist, wird im Wesentlichen es nicht anzeigen.

Und dann ist unsere Aufgabe, unsere Arbeit, von den Aufgabenzuschnitten her so, dass Prävention wirklich nur der kleine Teil ist. Ein kleiner Teil, den wir uns immer mal wieder auf die Fahne heften, den wir für bestimmte Dinge versuchen, auch voranzutreiben. Aber wo wir sehr schnell auch feststellen: Wir haben andere Aufgaben, die uns mehr fordern. Und das ist halt so ein Punkt. Es wäre schön, wenn wir es mehr bedienen könnten, aber es gibt natürlich auch andere Player. Und da sind wir halt auch in sehr engem Kontakt, wo wir eben auch gesagt haben. Es wäre auch schön, wenn der eine oder andere das, was wir jetzt an grundsätzlichem Vertrauen versucht haben, in die Schülerschaft zu pflanzen, dass wir das auch fortführen. Und wir behalten die Kollegen, die das gemacht haben, weiterhin dort an den Schulen. Die Kontakte sind da. Wird aber schwierig, das entsprechend umzusetzen.

### **Herr Menke**

Wenn ich nochmal nachfragen darf. Ich habe gedacht, aufgrund der Fragebögen, die Sie bekommen haben, über 3.500 Fragebögen, und der Kontakte mit Ihren jungen Kollegen in den Schulen, dass Sie da einschätzen können, wie hoch wohl die Dunkelziffer ist. Wenn da Schüler gesprochen haben und gesagt haben: „Naja, wir sind da auch überfallen worden, haben aber gar keine Anzeige gemacht, ist alles gut gegangen, wir haben uns gewehrt.“ Ich kenne Fälle, wo Gucci-Abdul ein Mädchen angegriffen hat. Da sind Jungs dazugekommen und haben ihn vertrieben. Da wurde auch keine Anzeige gemacht, weil alle der Meinung waren, naja, ist ja nochmal gut gegangen. Vielleicht haben Sie da ja Erkenntnisse gewonnen, sodass Sie sagen können: Die Dunkelziffer ist dreimal so hoch wie die Zahl der Anzeigen oder viermal oder irgendwas. Ich habe gedacht, wenn Sie da Fragebögen haben, da kommt schon irgendetwas bei raus an Auswertung. Und mit Prävention habe ich nicht gemeint, dass Sie Gespräche mit Jugendlichen führen, sondern die präventive Wirkung, wenn einzelne Anführer wie Gucci-Abdul und seinen Kumpel, den sie da auch inhaftiert haben, weggepackt werden, dass dann die anderen sagen: „Oh, jetzt müssen wir aber langsam vorsichtig werden.“ Das habe ich gemeint. Die präventive Wirkung des Durchgreifens durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte. Denn da gibt es ja auch eine spezial- und generalpräventive Wirkung. Spezial auf denjenigen, der jetzt verurteilt wird, und generalpräventiv, falls es sich rumspricht.

### **Herr Dockhorn**

Ja, also, generalpräventiv zeigt ja, dass die Zahlen zurückgegangen sind. Also insofern kann man das schon ablesen anhand der Entwicklung der Zahlen. Und ja, es war natürlich zu verzeichnen, wenn die Täter, die die meisten Straftaten hingelegt haben, weg sind, dann fehlt teilweise dieses Vorbild. Und der eine oder andere überlegt sich dann sehr wohl, wenn er schon nach der ersten Tat bei uns zur Vernehmung saß, wo die Sache dann hingehen kann. Von daher funktioniert das. Was die Einschätzung Dunkelfeld/Hellfeld betrifft, ist es halt schwierig. Ich glaube, da könnte man jetzt Rückschlüsse ziehen und könnte sagen: Okay, wir haben uns jetzt unterhalten, wir haben vielleicht 30 Prozent Anzeigen gehabt, wir haben jetzt 30 Prozent Hinweise bekommen, die da noch sind. Könnte jetzt schlussfolgern: 40 Prozent kennen wir nicht. Das ist aber nicht wirklich belastbar.

### **Frau Prof. Dr. Dalbert**

Gut, herzlichen Dank erstmal. Ich habe auf der Redeliste Frau Dr. Burkert, Herr Raue und Herr Riedel. Frau Dr. Burkert.

### **Frau Dr. Burkert**

Ich möchte erstmal Herrn Dockhorn herzlichen Dank sagen, dass Sie hier sind, auch für Ihre Arbeit und Ihre Zahlen, die Sie uns jetzt präsentiert haben. Es entspricht auch meinem Empfinden, dass man weniger als Stadtrat auch angesprochen wird von Familien, die doch über Straftaten und Raubüberfälle auf ihre Kinder berichtet haben. Und dafür erstmal herzlichen Dank.



Ich möchte nochmal fragen, sind anonyme Meldungen möglich? Weil das war das, was ich als Stadtrat erlebt habe, dass Familien zu mir gekommen sind und haben gesagt, ja das und das ist passiert, aber wir haben große Angst, mit Namen uns bei der Polizei zu melden, so dass ich das zum Teil dann übernommen habe. Aber ich habe auch die Erfahrung gemacht, die Beamten waren sehr, sehr freundlich, die ich angerufen habe, aber die haben immer darauf bestanden, dass ich Namen nenne. Und das ist natürlich dann eine Zwickmühle, in die man da als Stadtrat auch reingerät. Und ich hatte das Empfinden, das schon gut, wenn wir Ihnen das mitteilen, dass es zu solchen Straftaten kommt und dass möglicherweise auch die Art der Raubüberfälle oder auch die Orte für Sie interessant sein könnten, ohne dass immer unbedingt ein Name genannt werden muss. Aber das war für mich schwierig, da aus dieser Zwickmühle rauszukommen. Also es wurde mir gesagt, es wird nur bearbeitet, wenn ein Name genannt wird. Deshalb schon ein bisschen meine Bitte und Frage, die anonyme Meldung, das fände ich ganz wichtig. Vielleicht auch ein Telefon, wo man anonym anrufen kann und Straftaten melden kann. Ist das per Gesetz schwierig? Oder insgesamt schwierig? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist, ich habe jetzt mitbekommen, Sie waren mit sieben Mitarbeitern in dieser EG Cornern aktiv. Jetzt hat man das Gefühl, oder mehr wahrscheinlich, aber es standen jetzt sieben auf Ihrer Folie drauf. Jetzt haben wir das Problem ja am Maritim, dort mit Drogendelikten, Raubdelikten. Ist es da vorstellbar, dass man da Manpower jetzt von der EG Cornern da vielleicht in diese Richtung auch mit übernehmen könnte, dass wir auch diesen Hotspot wieder in den Griff bekommen? Und wir sind jetzt gerade in der Haushaltsdiskussion und die Frage von uns Stadträten ist natürlich, was können wir in der Haushaltsdiskussion vielleicht aus Ihrer Sicht noch einbringen, was wäre dringend notwendig, worauf wir als Stadträte achten sollten, damit das ganze Thema Jugendkriminalität auch wirklich so niedrig bleibt und nicht wieder aufploppt? Vielen Dank.

### **Herr Dockhorn**

Ja, also zum einen anonyme Hinweise: Anonyme Hinweise werden wir entgegennehmen, werden versuchen, mit denen zu arbeiten, aber wenn es um ein Strafverfahren geht, gilt immer noch das Rechtsstaatsprinzip. Und so ein faires Verfahren bedeutet, derjenige, der eine Anklage bekommt, muss auch wissen, wer ihn da belastet. Spätestens in so einem Strafverfahren müssen an einem bestimmten Punkt im Verfahren die Personalien bekannt gemacht werden. Und insofern müssen die irgendwo natürlich auftauchen. Natürlich gibt es die Möglichkeit, dass man die Personalien bis zu einem bestimmten Verfahrensstand zurückhält, beziehungsweise verdeckt, bei entsprechender Begründung. Aber schlussendlich in dem eigentlichen Strafverfahren wird immer das so sein, dass im Grunde klar sein muss, wer hat hier die Informationen geliefert. Das ist, glaube ich, das größte Problem, die größte Krücke.

Was das Maritim betrifft. Ja, da verrate ich jetzt nicht wirklich was Neues. Es ist ja so, dass das jetzt unser nächster Schwerpunkt in der Aufgabenbewältigung sein wird. Wir haben also vor knapp drei Wochen auch dazu mittlerweile eine besondere Aufbauorganisation gegründet. Teilweise Kollegen schon aus dieser Ermittlungsgruppe Cornern, die wir jetzt da überführen. Und teilweise noch weitere Kollegen. Die wird also anzahlmäßig für diesen ermittelnden Bereich sogar noch etwas stärker werden, als das, was wir bisher in der Jugendkriminalität haben. Einfach aufgrund der Tatsache, weil der Bereich Betäubungsmittelkriminalität, anders als in der Jugendkriminalität, viel eher und viel direkter auch dazu führt, dass wir Haftprüfungen durchführen können. Das Ganze der Staatsanwaltschaft auch zur Haftprüfung anbieten können. Und natürlich mit unserer Ermittlungstätigkeit sehr schnell so ein Verfahren auch voranbringen.

Letztendlich, Betäubungsmittelkriminalität ist zu 95 bis 99 Prozent Kontrollkriminalität. Wenn wir also agieren, tätig werden, dann werden die Straftaten aufgedeckt. In den wenigsten Fällen werden die uns zur Anzeige gebracht. Na klar könnte man jetzt auch sagen, alle diejenigen, die dann schon mal irgendetwas angeboten bekommen haben in dem Bereich, wenn die uns rufen, wenn die das anzeigen, nehmen wir logischerweise auch auf. Dann ist aber genau die Frage der Zuordnung, Personenbeschreibung zu dem Täter, kriegen wir den? Haben wir den? Passt das? Dann brauchen wir für dieses Verfahren, um das entsprechend sauber zuzuordnen, die entsprechende, zumindest Wahllichtgegenüberstellung. Das heißt, wir haben ein Wahllichtbild, eine Wahllichtbildvorlage mit mehreren Bildern. Und dann müssen diejenigen, die die Anzeige gemacht haben, denjenigen auch als Täter wieder identifizieren. Funktioniert manchmal, aber halt nicht immer. Insbesondere wenn sie dann halt bei entsprechenden Außenbeleuchtungen, beziehungsweise wenn für sie Personen aus anderen Herkunftsländern ähnlich aussehen, wird es schwierig, wenn wir natürlich dann ähnlich aussehende Personen in so einer Wahllichtbildvorlage, aber alle unterschiedlich, Ihnen vorlegen. Das ist so die kleine Krücke. Aber das kann ich zumindest schon sagen: Für den Bereich Maritim sind wir dann gerade jetzt dabei, dort Maßnahmen zu intensivieren, beziehungsweise haben wir die jetzt schon seit zweieinhalb Wochen laufen.

**Frau Dr. Burkert**

Da war das Thema Haushalt.

**Herr Dockhorn**

Die Bekämpfung von Straftaten ist unsere ureigenste Aufgabe. Das, was wir in enger Kooperation mit der Stadt schon an unterstützenden Maßnahmen dort abgesprochen haben, Grünschnitt, dass wir da einen vernünftigen Grünschnitt haben, dass bestimmte Depots bzw. bestimmte Handlungen für uns auch wesentlich einfacher sichtbar sind. Wir haben jetzt eine Anordnung der Videoüberwachung auch für den Bereich hinter dem Maritim. Wir sind jetzt gerade dabei, das entsprechend zu ertüchtigen. Das funktioniert immer in enger Abstimmung mit der Stadt bzw. mit dem Energieversorger, weil wir logischerweise auch für unsere Kameras permanent Strom brauchen und Licht. Und von daher, da laufen schon Maßnahmen und ich glaube, das ist auch das, was de facto möglich ist. Es gibt dort einen Eigentümer von dem Objekt, der dann irgendwann vielleicht mal eine Baustelle draus macht. Ja, und solange werden wir dort die Zustände haben, wie wir sie aktuell haben.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herzlichen Dank. Ich habe als Nächstes auf der Redeliste Herrn Raue.

**Herr Raue**

Vielen Dank. Ja, Herr Dockhorn, auch von mir nochmal herzlichen Dank. Bei Ihrer Präsentation stelle ich immer wieder fest, es nennt sich immer Jugendkriminalität. Dagegen ist also grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn nicht viele von uns immer denken würden, es ist meistens eine Ausländerkriminalität oder eine migrantische Gruppe, die dahintersteckt. Und manchmal sind das ja auch kleine Banden. Wir haben hier im Ausschuss häufig schon darüber gesprochen. In der Auswertung habe ich es jetzt auch nicht gesehen, wie groß ist denn eigentlich jetzt nun der migrantische Anteil und wie sind eigentlich die Hauptherkunftsländer, ich sage mal wahrscheinlich sogar der Familien. Das kann man so sagen. Es sind wahrscheinlich viele auch hier geboren.

### **Herr Dockhorn**

Also das hatte ich ja vor einem Jahr, am 15. Juni, schon mal kurz dargestellt. Es ist de facto so, dass wir bei dieser Anzahl an Tatverdächtigen die überwiegende Anzahl mit deutscher Staatsbürgerschaft haben. Also 55 Prozent mit deutscher Staatsbürgerschaft. Das heißt, 45 Prozent in etwa haben wir nicht deutsche Tatverdächtige, die hier als Tatverdächtige ermittelt wurden. Und wenn wir jetzt halt mal schauen, wer begeht denn mehrere Straftaten, dann wandelt sich dieses Verhältnis ein klein wenig. Bei diesen Intensivtätern mit mehr als 10 Straftaten, ja, ist es so, dass wir von den 11 Tatverdächtigen nur 3 Deutsche haben. Alle anderen mit entsprechender anderer Nationalität. Aber de facto für die Frage, wie kommt das zustande, ist natürlich so „Machoimponiergehabe“, weil wir sehr viele männliche Tatverdächtige haben, durchaus eher genau der Punkt, der da greift und der da zieht. Also es ist nicht zwangsläufig unbedingt die Herkunft, ja, natürlich in Teilen auch. Aber es ist natürlich das, was jugendtypisch ist, was es vor 30, 40 Jahren auch gab, da waren es nur andere Delikte. Und ansonsten, was Nationalitäten betrifft, sind zumindest von der Anzahl her syrische und afghanische da mit einer hohen Anzahl vertreten. Aber wir haben viele andere auch. Aber das sind die, die zumindest von den Nationalitäten her mit am häufigsten auftauchen.

### **Herr Raue**

Darf ich? Wenn diese 55 Prozent deutsche Straftäter, es ist immer manchmal schwer, das zu umschreiben, deutsche Straftäter. Häufig kommt immer diese Frage, was für Deutsche sind das? Sind das Deutsche mit einem deutschen Pass und beispielsweise noch einem ausländischen Pass? Weil die werden ja laut polizeilicher Kriminalitätsstatistik auch immer als deutsche Straftäter geführt. Also, sodass man manchmal wirklich, das ist ein bisschen unscharf, ja, können Sie das an der Stelle noch aufklären? Also, wenn Sie vielleicht diese, ja, genau, sind doppelte Staatsbürgerschaften dabei?

### **Herr Dockhorn**

Also doppelte Staatsbürgerschaften ist ein verschwindend geringer Teil. Wir sind da um die 10 mit doppelter Staatsbürgerschaft. Ansonsten ist die Staatsbürgerschaft, die wir annehmen, die, die wir aus dem Pass nehmen. Wer also einen deutschen Pass hat, hat eine deutsche Staatsbürgerschaft. Und das ist jetzt nicht die Frage, gibt es da einen Migrationsunterbruch?

### **Herr Raue**

Habe ich verstanden? Okay, erstmal, dazu will ich keine weiteren Fragen stellen, das ist ja auch weit in der öffentlichen Debatte. Wir wissen da Bescheid, dass die Schwerekriminalität hauptsächlich migrantischen Ursprung hat in Deutschland. Das muss man einfach sagen, das kann man wirklich ablesen an der PKS, ich beschäftige mich regelmäßig damit und sehe, dass da einfach der Anteil der Täter im Vergleich zu den hier Wohnenden, der Anteil der Gesamteinwohnerschaft hier einfach erheblich ist. Wenn man sieht, dass Ausländerkriminalität wird dort als nicht deutsche Straftäter geführt oder Tatverdächtige geführt, da hat man einfach im Vergleich...

### **Frau Prof. Dr. Dalbert**

Könnten Sie eine Frage stellen?

### **Herr Raue**

Nein, nein, warten Sie, ich habe das Recht zu sprechen. Da kann man einfach sehen, dass im Vergleich zu der Gruppe, der hier wohnenden, die Straffälligen aus diesem Herkunftsreich doch in einer ganz anderen Dimension liegen. Okay, vielen Dank erstmal dazu.

Eine zweite Frage, die mir wichtig ist: Drogenkriminalität. Da sind wir jetzt dabei, am Maritim mit großem Einsatz von Ihnen die Lage zu bereinigen. Die Frage, die sich stellt, ist, verdrängen wir damit im Prinzip nur diese Rauschgiftdelikte in andere Stadtbereiche oder ist es möglich, da tatsächlich auch Täter dingfest zu machen und am Ende auch, ich sage mal, abzuurteilen?

#### **Herr Dockhorn**

Also die Wahrscheinlichkeit, Täter dingfest zu machen, sowohl was Konsumenten betrifft, als auch was Dealer betrifft, die ist sehr hoch. Weil wir ja meistens die Person auch antreffen und derer habhaft werden. Insofern ist auch die Wahrscheinlichkeit hoch, dass wir da entsprechende Straftaten, also Haftstrafen bekommen. Ob wir die Thematik Drogenkonsum bewältigen, wage ich zu bezweifeln.

#### **Herr Raue**

Ich will nochmal präzisieren, mir geht es tatsächlich nicht so richtig um die Konsumenten. Mir geht es einfach nur um die Tragik, dass wir es bisher nicht geschafft haben, diese Lieferketten zu brechen und die Dealer tatsächlich und deren Hintermänner habhaft zu werden. Ich kann das manchmal nicht verstehen, wenn ich darüber nachdenke, wenn ich so sehe, was alles möglich ist, auch mit Drohnenaufklärung, da spreche ich nicht von Kameraüberwachung, da spreche ich einfach davon, dass man im Prinzip die Täter ja auch verfolgen kann, ohne dass jemand hinterherläuft, sondern in 800 Metern oder 300 Metern Höhe einfach eine kleine Drohne, eine Polizeidrohne drüberfliegt und guckt, wohin geht der denn und wer befüllt denn sein Versteck und wohin geht der denn am Abend. Also das ist ja alles mit modernster Video- und Nachtsichttechnik möglich. Sie wissen ja selbst, was Sie sicherlich auch im Sortiment haben und ich frage mich tatsächlich, wie kann das sein, dass das einfach so locker bei uns nach wie vor funktioniert? Theoretisch würde ja eine Einsatzgruppe pro Stadt reichen, um hier wirklich reinzugehen und im Prinzip auch Lieferketten da zu zerstören. Das kann ich immer nicht verstehen. Vielleicht können Sie mir helfen.

#### **Herr Dockhorn**

Es liegt in der Natur der Dinge, dass es nicht nur eine Droge gibt, sondern sie haben diverse Drogen und dass sie diese Drogen entweder vorproduzieren können oder irgendwoher sich beschaffen. Und da gibt es unterschiedliche Wege mit den Möglichkeiten. Die Frage der Dimension, in welchen Größenordnungen werden Drogen transportiert, hergestellt, ist logischerweise auch eine Frage, wo gibt es die Möglichkeiten, wie gut ist die Ausstattung von denjenigen, die das Ganze machen. Und von der Vorgehensweise gibt es mittlerweile nicht mehr nur oder eigentlich zunehmend nicht diese klassische Variante, die man kennt, da kommt einer, verteilt an fünf Leute fünf Päckchen und die vertickern das. Depotanlegen ist so eine Sache, die Frage Schließfachernutzen ist so eine Sache, ja, also es gibt verschiedene Varianten, verschiedene Möglichkeiten, die immer im Einzelfall aufgedeckt werden müssen, die teilweise sehr ermittlungsentensiv sind und die wir natürlich auch mal mit Erfolgen bearbeiten. Uns ist aber auch klar, es gibt immer jemanden, der einen Bedarf generiert. Und wenn es jemanden gibt, der einen Bedarf generiert, wird es immer jemanden geben, der versucht, damit Profit zu machen und diesen Bedarf dann entsprechend zu bedienen.

#### **Herr Raue**

Also Ihre Anstrengung, erst mal vielen Dank für Ihre Ausführungen. Es ist nicht ganz befriedigend, wird Sie nicht wundern, denn wir geben als Stadt sehr, sehr viel Geld auch für Prävention aus. Und das ist auch alles wichtig, aber wir brauchen tatsächlich mehr Erfolge bei der Ermittlung derjenigen, die dann wirklich nicht nur die Lieferdienste, sondern auch die, die Drogen herstellen, importieren und dergleichen.

Das kann nicht immer nur am Flughafen der Zoll sein. Wir brauchen da auch Einsatzgruppen in der Stadt, und zwar Einsatzgruppen, die sehr hartnäckig und zivil verdeckt ermitteln, auch schnell zugreifen, klar, ich weiß, dass das auch das Problem teilweise verdrängt, aber Sie haben jetzt modernste Technik, ich denke, ich hoffe zumindest, dass die da ist, ja, und dass die das Land zur Verfügung stellt, damit sozusagen die fußläufige Ermittlungsarbeit der Polizeibeamten da auch ein bisschen eingespart werden kann. Aber mir persönlich ist da einfach zu wenig Erfolg und die Schäden bei unseren jungen Menschen, die beginnen, Drogen zu konsumieren, die sind nicht nur persönlich, nicht nur für die Familie, die sind auch volkswirtschaftlich einfach dramatisch. Und deswegen ist es so wichtig, dass unsere Polizei da erfolgreicher wird. Sie haben da auch immer unsere Unterstützung, ja, bei der Ausrüstung, aber irgendwie brauchen wir da einen neuen Ansatz? Ich bin kein Ermittler, aber ich will Ihnen das nur mal mitgeben, ja. Danke.

### **Frau Prof. Dr. Dalbert**

Danke, Herr Raue, für diesen abschließenden Kommentar. Ich habe jetzt auf der Redeliste Herrn Riedel.

### **Herr Riedel**

Vielen Dank, Herr Dockhorn, für Ihre Ausführungen. Das ist ja doch ein erheblicher Rückgang um über 300 Straftaten von 23 auf 24, also von 450 auf 150, wenn ich das richtig verfolgt habe. Und das ist ja auf ein Bündel von Maßnahmen sicherlich zurückzuführen. Ich habe zwei Fragenbereiche. Zuvor vielleicht nochmal. Sie haben in so einem Nebensatz, vielleicht habe ich es auch falsch verstanden, so sinngemäß gesagt, naja, das lief erstmal sehr verdeckt, weil das auch nicht angezeigt wurde, wurde ja auch schon erklärt, durch welche Maßnahmen das auch verhindert wurde, die Anzeigen. Und Sie sind eigentlich dann erst durch Informationen, meinetwegen aus der Presse, beziehungsweise von Bürgern darauf aufmerksam gemacht worden, dass es da ein Problem gäbe. Diese Aussage hat mich wirklich verwundert, weil wenn ich jetzt zurückgehe in diese Debatte darüber, Ende 21, dann das ganze Jahr 22/23, dann ist das ja was, was hier wirklich Wellen geschlagen hat. Also am Anfang ist es so gewesen, da hatte man das Gefühl jedenfalls, jetzt werde ich vielleicht ein bisschen politisch, dass die zuständigen Beigeordneten das nicht vollgenommen haben, das Problem, und wir haben uns eher hier Vorträge über Präventionsmaßnahmen angehört, und dass das halt zu jugendlicher Delinquenz gehöre, und ich habe das so verstanden wie: Macht man halblang. Und am Ende ist es ja dann doch zu unglaublich erfolgreichen Maßnahmen gekommen, deswegen also vielen Dank an der Stelle.

Ich habe eine sachliche Frage nach den Vorworten. Was für Informationen oder welche Schlüsse konnten Sie denn aus den Fragebögen ziehen? Das ist mir nicht ganz klar geworden. Also Sie haben diese Fragebögen 3.655 ausgegeben, haben die ausgewertet, wissenschaftlich aufbereiten lassen. Welche Schlüsse ziehen Sie denn daraus? Was wurde denn da gefragt, zum Beispiel?

### **Herr Dockhorn**

Also da ich nicht direkt involviert war, versuche ich das jetzt mal so wiederzugeben, wie ich es aufgenommen habe. Also die Frage, in welchem Zusammenhang sind Schülerinnen und Schüler Opfer geworden? Welche Handlungen sind vornehmlich vorgenommen worden? Was war so der bevorzugte Modus operandi? Hat ein Täter agiert? Waren das mehrere? Hat man allein durch die bloße Überzahl einen psychischen Druck aufgebaut, auf Einzelpersonen zum Beispiel? Lässt ja zumindest Schlüsse zu, geh nicht allein, geh zu zweit in der Gruppe. Das sind so Dinge, die wir zumindest in den Gesprächen so mitnehmen konnten. Die Frage, sind Waffen eingesetzt worden? Wie sind die eingesetzt worden? Ja oder nein? Und die Frage, die uns auch umgetrieben hat, dieses „Ausweis abfotografieren“, an der Wohnanschrift erscheinen, war jetzt nicht der Standard, aber kam eben auch vor. Das sind so die Erkenntnisse.

Ist das immer so gelaufen? Und da können wir jetzt sagen, nein, zum Glück nicht. Aber das eigentlich Tragische ist ja, es gibt immer so Vorbild-Effekte. Heutzutage, mit entsprechenden Medien, können sie sowas natürlich auch sehr schnell verbreiten, man spricht sehr schnell drüber. Und das führt auch zu Nachahmungseffekten. Das werden wir nicht verhindern können. Das ist leider so.

Das sind so Erkenntnisse plus andere, nämlich die Frage, was gibt es an Schulen überhaupt für Ansprechpartner? An wen können sich Schüler wenden? Wir haben für die Stadt Halle vier Schul-RBB, die wir im Einsatz haben, die also Regionalbereichsbeamte ausschließlich an Schulen tätig sind. Jetzt kommen die Kollegen noch dazu, die sich jetzt vornehmlich für Jugend ein bisschen interessiert haben, beziehungsweise mit den Jugendlichen in Gespräch gekommen sind, wo wir sagen, wir wollen jetzt auch noch einen Schritt weitergehen. Weg von den Schulen, was haben wir noch an Jugendtreffs, an Jugendeinrichtungen, wo wir natürlich auch mal uns blicken lassen können, beziehungsweise mit den Jugendlichen in Gespräch kommen können. Das sind so einige dieser Erkenntnisse, die wir daraus gewonnen haben. Plus die Frage, mit wem von der Stadt müssen wir zusammenarbeiten? Wo müssen die Informationen direkt hingehen? Wer kann etwas dazu beitragen? Das war jetzt nicht in etwa ein Ergebnis der Fragebögen direkt, aber es war ein Ergebnis dieser Einheit, dieser Kollegen, die sich da so ein bisschen gekümmert haben.

#### **Herr Riedel**

Danke schön, dann zu meiner zweiten Frage, wir haben ja gelernt aus 22/23 eigentlich erst durch dieses Aufbäumen der öffentlichen Entrüstung kombiniert mit Landespolitikern, die sich diese Sache angenommen haben, kombiniert sicher auch mit städtischen Maßnahmen, ich glaube auch die Innenministerin war ja mehrmals hier auch zu Besuch, hat auch Schulen besucht etc. Also ich stelle für mich jedenfalls fest, das können andere im Raum anders sehen, also ohne das Eingreifen der Landespolitik wäre das nicht so gekommen und wir haben das ja dann am Ende auch gesehen darin, dass also Bereitschaftspolizei also wirklich monatelang täglich vor Schulen patrouilliert hat, gestanden hat. Sie haben besondere Maßnahmen ergriffen, sie haben es gesagt, also Polizisten in Zivil, die also konkret diese Hotspots beobachtet haben, mit Jugendlichen sich ausgetauscht haben usw. Und jetzt haben wir einen neuen Hotspot, das ist also hinter Maritim und ich frage mich so ein bisschen, trotz aller Erkenntnisse aus Fragebögen, präventiven Maßnahmen, müssen wir eigentlich Angst haben, dass also jetzt wo die Bereitschaftspolizei nicht mehr da ist, vor den Schulen steht, also ich sehe sie nicht mehr vor meiner Schule zum Beispiel, jetzt wo also der Fokus auch wieder ein anderer wird, dass wir so ein erneutes Ansteigen wieder haben können, das ist jetzt Kaffeesatzleserei, aber können Sie der Sache tatsächlich strukturell begegnen oder ist es dann am Ende auch wieder eine Sondermaßnahme, die wir dann wieder einleiten müssen, mit solch großen Kraftanstrengungen, kostet ja wahrscheinlich auch einen Haufen Geld, was man jetzt nicht einfach mal umrechnen kann, aber Personal, Geld etc., weil wir sozusagen wieder andere Prioritäten haben oder denken Sie, wir sind jetzt besser gewappnet und wir werden der Sache mehr Herr an der Stelle?

#### **Herr Dockhorn**

Wir gehen zumindest jetzt davon aus, dass wir ein Stück weit mehr Vertrauen genießen und deswegen auch eher eine Anzeige bekommen werden, wenn solche Fälle wieder auftreten. Und wenn wir dann registrieren, dass wir einen Anstieg haben in dem Bereich, würden wir sofort Maßnahmen, die wir jetzt für erfolgreich erachtet haben, auch wieder initiieren. Ob wir die dann in der gleichen Dimension initiieren oder in einer schmaleren Variante, würde im Grunde genommen davon abhängen, was haben wir sonst noch für Aufgaben.

Dass wir jetzt im Grunde genommen wieder mal eine Priorität woanders hinsetzen, ist nichts Neues. Es ist einfach auch der Tatsache geschuldet, dass es im Bereich der Straftaten auch immer mal wieder wellenförmige Bewegungen gibt. Es gibt mal Zeiten, da gibt es bestimmte Phänomenbereiche, die häufiger auftreten. Wir hatten mal eine Zeit lang mit Kelleraufbrüchen in Halle zu tun. Dann hatten wir eine Ermittlungsgruppe und haben das Ganze relativ gut auch in den Griff bekommen. Die Sache mit der Jugendkriminalität. Ich gehe auch davon aus, dass wir den Bereich hinter dem ehemaligen Maritim bzw. Riebeckplatz auch wieder auf ein ertragbares Maß bringen können. Aber schlussendlich ist es halt so, wir werden immer die Schwerpunkte setzen. Und bei uns heißt Schwerpunktsetzung einfach, wir investieren Manpower. Das, was dann da ist, bzw. was wir an Unterstützung bekommen. An Unterstützung bekommen wir sie vornehmlich entweder vom Zentralen Einsatzdienst der Polizeiinspektion, oder eben vornehmlich durch die Landesbereitschaftspolizei. Und wenn man sich mal vor Augen führt, dass für diese Maßnahme Jugendkriminalität die Landesbereitschaftspolizei allein in 15 Monaten 43.000 Stunden investiert hat, Personenstunden. Und wenn Sie sich dann mal so über den Daumen peilen, für einen Kollegen für eine Jahresarbeitszeit 2.000 Stunden, da wissen Sie, wie viele Kollegen das in einem Jahr sind, die nichts Anderes gemacht haben. Und wir haben natürlich die Hoffnung, dass es länger anhält. Wir haben aber keine Garantie. Und insofern versuchen wir, das, was wir jetzt an Informationsquellen aufgebaut haben, so entsprechend zu bedienen und zu nutzen, dass wir auch frühzeitig auch reagieren können.

#### **Frau Prof. Dr. Dalbert**

Ich habe jetzt auf der Redeliste Herrn Hebeda, Frau Schöps und Herrn Doege. Herr Hebeda.

#### **Herr Hebeda**

Vielen Dank, zwei Fragen. Anschließend auch an Herrn Riedel. Sollte jetzt so eine Entwicklung wieder da sein, sind Sie in der Lage, kurzfristig dann wieder vor Schulen Präsenz zu zeigen und im Prozess können Sie das von sich aus entscheiden oder braucht es da von irgendeiner Art und Weise eine Anweisung oder eine Bitte, dies zu tun?

Und die zweite Frage ist, Sie hatten vorhin gesagt, dass die Schwerpunktverlegung eher aufs Maritim geht, auch Personen aus der EG Cornern abgezogen werden. Heißt das, die EG Cornern verkleinert sich insgesamt oder ist das kurzfristig nur eine Maßnahme?

#### **Herr Dockhorn**

Also diese Ermittlungsgruppe Cornern, ursprünglich als reine Ermittlungsgruppe angedacht, also sprich Kriminalisten, die vornehmlich die Delikte bearbeiten, ermitteln, mit der Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten, gehen in Teil in dem entsprechenden Sachgebiet, was wir im Revier/Kriminaldienst haben, nämlich täterorientierte Ermittlungen auf. Und ein Großteil der Kollegen geht aber jetzt auch mit der Erfahrung, die sie im Bereich der Jugendkriminalität gesammelt haben, nahtlos über in den ermittelnden Bereich, den wir jetzt für das Maritim vorhalten. Auch da brauchen die entsprechenden Ermittler. Es passt insofern, weil die eigentlich noch nicht mal das Büro wechseln müssen. Wir haben die eigentlich jetzt an einem Standort konzentriert. Das ist aktuell unser Dienstsitz in der Kurallee. Und von dort aus ermitteln die Kollegen dann eben jetzt weiter, nur in einer größeren Anzahl an Personen.

Und was Kräfte betrifft, so ist es immer so, dass immer dann, wenn wir es mit den reviereigenen Kräften nicht schaffen, wir immer entsprechende Kräfteanforderungen in Richtung unserer Behörde, sprich der Polizeiinspektion, steuern. Und von dort aus, wenn die das mit behördeneigenen Kräften nicht realisieren können, immer in Richtung Innenministerium die Kräfteanforderungen weitergegeben wird. Und dann muss das Innenministerium entscheiden, was gibt es gerade an Kräfteanforderungen im Land, wo werden jetzt Prioritäten gesetzt. So wie unsere Innenministerin festgestellt hat, dass wir jetzt zukünftig bei den Weihnachts- und Wintermärkten Kontrollen intensivieren. Dort werden auch Kräfte investiert wer-

den. So muss letztendlich irgendwann jemand immer eine Entscheidung treffen über die verfügbaren Kräfte.

**Frau Dr. Dalbert**

Herzlichen Dank, Frau Schöps.

**Frau Schöps**

Vielen Dank. Vielen Dank auch nochmal für die Vorstellung. Ich habe im Prinzip zwei Rückfragen, die schließen an das Thema Maßnahmen und vielleicht auch ein Stück weit an die Frage von Frau Burkert an. Es gibt ja den gemeinsamen Maßnahmenplan von Stadt und Land zur Bekämpfung der Jugendkriminalität, in dem diese neuen Maßnahmen aufgelistet sind. Und da wäre meine Frage, welche davon wurden tatsächlich realisiert und welche sollen weitergeführt werden.

Und die zweite Frage als Konkretisierung zu Maßnahme 1 und Maßnahme 7. Maßnahme 1 sind diese anlassbezogenen Fallkonferenzen. Können Sie sagen, wie viele wurden davon tatsächlich... Und Maßnahme 7 war die Schaffung einer Opferberatungsstelle oder Opferanlaufstelle, Opferberatungsstelle. Vielen Dank.

**Herr Dockhorn**

Zur letzten Frage kann ich jetzt keine abschließende Antwort geben, weil das zum Aufgabenbereich der Stadt gehört. Ich weiß, dass es ein Telefon gibt, eine Rufnummer, die geschaltet ist. Inwieweit jetzt dazu noch eine gesonderte Stelle bzw. es eine entsprechende Einrichtung gibt, muss ich Ihnen leider schuldig bleiben. Insofern hat dieser Punkteplan eigentlich immer noch Bestand. Wir sind nur an einem Punkt, wo wir zumindest das, was die polizeilichen Aufgaben sind, wir gesagt haben, okay, wir sind jetzt an dem Punkt, wo wir das, was wir bisher jetzt an gesonderten Maßnahmen ergriffen haben, jetzt wieder überführen in das Tagesgeschäft. Es aber weiterhin machen.

Die Thematik Fallkonferenzen kann ich leider auch nicht mit einer Zahl aufwarten, kann aber zumindest sagen, hat sich als sehr gutes Mittel bewährt bzw. gezeigt, ist bei den notwendigen Einzelfällen auch sehr intensiv genutzt worden und hat dazu geführt, dass handelnde Akteure mittlerweile das auch erweitert haben auf andere Phänomenbereiche. Der eine oder andere von Ihnen kann sich sicherlich erinnern, dass wir im Sommer mal eine Berichterstattung hatten, da ging es um Kinder, die über die Stränge geschlagen haben. Auch das war dann so ein Fall, wo bei beiden Kindern jeweils eine Fallkonferenz durchgeführt wurde, die schlussendlich, wenn auch etwas längerfristig, aber sie hat zu einem Ergebnis geführt. Also zumindest zu einem Ergebnis, was zu einer Beruhigung der Aktivitäten geführt hat. Dass das ja von heute auf morgen mit den Problemen, die diese Kinder und Jugendliche haben, nicht gleich abgestellt ist, erklärt sich, glaube ich, von selbst. Das ist ein Entwicklungsprozess.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Danke, Herr Doege.

**Herr Doege**

Ja, erstmal vielen Dank für die Präsentation. Eine ganz kurze Frage. Die Präsentation wird zur Verfügung gestellt? Gut. Die Fallzahlen von der EG Cornern, die Sie jetzt gezeigt haben, bezogen sich ausschließlich auf die Straftaten aus diesem Bereich. Sprich, normale Kriminalität ist da überhaupt nicht aufgeführt? Das ist wirklich nur speziell der Problembereich. Der ist jetzt praktisch auf, ich sage mal, auf null runter gedampft. Oder auf nahe null runter gedampft.

**Herr Dockhorn**

Er ist auf ein erträgliches Maß...



**Herr Doege**

Danke.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herzlichen Dank. Herr Menke.

**Herr Menke**

Ja, Danke schön. Mir ist gerade noch eine Frage eingefallen. Haben Sie in der Statistik nur die Straftaten erfasst, die von strafmündigen Jugendlichen begangen wurden? Oder sind da auch die strafunmündigen Täter mit erfasst worden, also 13-Jährige, die den 12-Jährigen schlagen und ihm das Handy wegnehmen?

**Herr Dockhorn**

Da wir in der Statistik auch ausführen können, was es an Tatverdächtigen unter 14 Jahren gegeben hat, werden logischerweise die Straftaten in der Statistik auch mit aufgeführt.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herzlichen Dank. Herr Hebeda.

**Herr Hebeda**

Ja, danke. Im Zusammenhang damit, dass die Polizei sich ja auch notgedrungen da an der Stelle ein bisschen zurücknehmen muss. Frage an die Verwaltung, wie sind Sie denn darauf eingestellt, gerade in den Sommermonaten und schon im Vorlauf dahin Präventionsarbeit zu leisten?

**Herr Teschner**

Da ist jetzt die Frage, was ist jetzt mit Präventionsarbeit gemeint?

**Herr Hebeda**

Das ist ja sehr konkret in dem neuen Punkteplan dargestellt, was dort auch die Stadt sich an Punkten verpflichtet.

**Herr Teschner**

Also die neun Punkte sind alle, ich will nicht sagen abgeschlossen, aber erfüllt, mehr als angefasst. Und wenn wir es mal durchgeben. Ich gehe es einfach mal durch, weil sonst kommen wir mit der Frage nicht weiter. Es sind die anlassbezogenen Fallkonferenzen, die werden durchgeführt. Es sind die Präventionspatenschaften, das macht die Polizei, das ist das, was an Schulen ja auch durchgeführt wird, was ja auch dargestellt wurde. Es gibt das Konzept zur Stärkung des Sicherheitsgefühls durch die Polizei, das ist erarbeitet. Es gibt die kommunale Kriminalprävention, das ist ein Konzept, was derzeit ja gerade überarbeitet wurde durch den Geschäftsbereich IV. Es gibt die vereinfachten Jugendverfahren, die werden durchgeführt, zusammen mit der Staatsanwaltschaft passiert das ja. Es gibt die Meldung von Schulpflichtverletzungen, es gibt eine geänderte Erlasslage mit Wirkung zum 1. März, das hat ja das Ministerium für Soziales gemacht. Das hat bei uns zu einer erhöhten Fallzahl geführt, was die Schulpflichtverletzungen betrifft, beziehungsweise die Meldungen dazu. Es ist aber umgesetzt. Es gibt die Anlaufstelle für Opfer und Jugendgewalt, das ist das Telefon, was hier erwähnt wurde, das ist eingerichtet, die Nummer gibt es auch. Es gibt die Projektarbeit #unserhayat und es gibt die Angebote zur Berufsorientierung. Und das ist der 9-Punkteplan, den wir abgesprochen haben und der auch umgesetzt ist. Sie meinen wahrscheinlich das Präventionskonzept?

**Herr Hebeda**

Nein, ich meine ganz grundsätzlich. Es wird ja zu erwarten sein, wenn die Polizei beispielsweise mit Präsenz zurückgeht, dass auch Fallzahlen wieder ansteigen könnten. Und dem vorbeugend sozusagen einer Entwicklung, die dann kommen mag, ist die Frage, ob es da bestimmte Vorbereitungen gibt, ob das mitgedacht wird oder ob das in den Maßnahmen schon abgedeckt ist aus Ihrer Sicht.

**Herr Teschner**

Also wir haben ja auch in den vergangenen zwei Jahren ergänzend Präsenz gezeigt an Schulen. Das ist natürlich nicht das Gleiche, als wenn die Polizei da steht, weil natürlich die Erkenntnislage eine ganz andere ist und auch die Befugnisse eine andere sind. Aber präsent sind wir gewesen und wir können natürlich, Sie haben die Mannstunden gesehen, das können wir auf keinen Fall in irgendeiner Form ersetzen, abfedern. Wenn hier in Größenordnung Bereitschaftspolizei anrückt, ist es nicht möglich, dass der Ordnungsbereich der Stadt mit viel geringerer Personalstärke und mit viel geringeren Befugnissen, gesetzlichen, das ausgleicht. Das kann nicht sein. Das reicht nicht.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herr Dr. Erdsack.

**Herr Dr. Erdsack**

Ja, danke, Herr Dockhorn. Ich habe auch zwei kleinere Fragen zur Statistik. Sie haben vorhin gesagt, zehn Doppelstaatler, sind das zehn absolute Zahl oder zehn Prozent?

**Herr Dockhorn**

Das war eine Zirka-Zahl in der Anzahl, nicht in Prozent. Also von den 290 um die 10 mit doppelter Staatsbürgerschaft. Ich habe das jetzt nicht genau ausgerechnet.

**Herr Dr. Erdsack**

Okay, danke. Dann noch eine zweite Frage. Sie haben ja vorhin die Statistik gezeigt, die Anzahl der Straftaten im zeitlichen Verlauf pro Kalendermonat, kann man das jetzt weiter aufschlüsseln auf die Stadtteile und Stadtviertel, also Neustadt zum Beispiel. Ich bin ja Neustädter und da ging ja einiges ab, wie Sie auch selber gesagt haben.

**Herr Dockhorn**

Also die einzelne Aufschlüsselung auf Stadtteile haben wir jetzt nicht nach Monaten, sondern die reinen Fallzahlen nach Jahren. Das ist möglich, das hätten wir vorrätig, könnte ich ggf. noch nachliefern.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Sehr schön. Ich sehe keine weiteren Fragen an Herrn Dockhorn. Dann bedanke ich mich bei Herrn Dockhorn für seine Ausführungen.

*-Wortprotokoll Ende-*

Die Information wurde zur Kenntnis genommen

**zu 7.2 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VIII/2024/00530**

---

Die Information wurde zur Kenntnis genommen

### zu 7.3 Information zur Anschaffung eines Hubsteigers

*Auf Antrag des Stadtrates Herrn Raue wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.*

*Anmerkung: Das Einsatzprotokoll des Hubsteigers ist in Session hinterlegt.*

#### **Herr Kuchta**

Sehr geehrte Damen und Herren, am 22.10. fand zuletzt der Finanzausschuss statt und dort hat der Fachbereich Umwelt eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 40.000 Euro für die Anschaffung eines Hubsteigers beantragt, da unsere Einholung von Angeboten ergeben hat, dass der Hubsteiger, der uns leider kaputtgegangen ist, statt 235.000 voraussichtlich 275.000 Euro kosten würde. Derzeit haben wir einen angemietet. Die Mietkosten belaufen sich auf 3.800 Euro im Monat. Und der Stadtrat Herr Sehrndt hatte die Anschaffung dieses Hubsteigers, sowohl aus tatsächlichen als auch aus wirtschaftlichen Gründen, ich sage mal vorsichtig, infrage gestellt. Deswegen freue ich mich, dass Sie heute hier sind, als ob Sie es geahnt hätten. Herr Raue hatte als Vorsitzender den abschließenden Hinweis gegeben, die Diskussion zu verkürzen, dass man vielleicht im Umweltausschuss die Dauereinsatzstatistik vielleicht auch vorstellen könnte.

Ich hatte zunächst darauf hingewiesen, dass der praktisch jeden Tag im Einsatz ist. Dass uns eine derartige Statistik über das Jahr einen sehr großen Verwaltungsaufwand bedeuten würde, den ich hier als nicht zwingend als hilfreich erachten würde. Habe aber die Kollegen von der Grünflächenpflege darum gebeten, diese Einsätze über zwei Wochen lang zu protokollieren. Und das würde ich gerne hier kurz vorstellen:

<b>Datum</b>	<b>Einsatz Ort</b>	<b>Einsatz Dauer (h)</b>	<b>Grund des Einsatzes</b>
28.10.	Lortzingsbogen	2,00	Lichtraumprofil, Laterne freigestellt
	Kreuzweg	3,50	Totholz, Kronenpflege
29.10.	Nordfriedhof	1,00	Kroneneinkürzung
	Kreuzweg	2,00	Totholz, Kronenpflege
	Böllberger Weg	1,50	Totholz, Kronenpflege, Leitung HA-VAG freigestellt
	Schipziger Str	1,00	Lichtraumprofil
30.10.	Klingenthaler Str	3,75	Totholz, Kronenpflege
	Seebener Str.	2,00	Abgestorbenen Baum absetzen zum Fällen
01.11.	Hochweg	4,00	Abgestorbenen Baum absetzen zum Fällen
04.11.	Hafenbahntrasse	2,75	Abgestorbenen Baum absetzen zum Fällen

#### **Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herr Kuchta, ich sehe, dass Herr Kehrwieder einen dringenden Geschäftsordnungsantrag hat.

**Herr Kehr wieder**

Ich weiß jetzt gar nicht, wie ich das formulieren soll, Herr Kuchta, aber vielen Dank dafür. Ich glaube, wir alle glauben Ihnen, und ich glaube, Sie müssen jetzt nicht jeden einzelnen Punkt vorlesen. Unserer Fraktion ist es nicht so wichtig und ich glaube, den anderen auch nicht.

**Herr Kuchta**

Darf ich noch kurz zur Wirtschaftlichkeit zwei Sätze sagen?

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herr Kuchta, wir haben einen Geschäftsordnungsantrag. Gibt es eine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag? Herr Raue.

**Herr Raue**

Herr Kehr wieder, also mich interessiert es sehr, was Herr Kuchta mit viel Mühe ausarbeiten ließ. Und ich finde es ehrlich gesagt jetzt noch nicht in Ordnung, wenn Sie das unterbrechen würden. Und der Geschäftsordnungsantrag, Frau Vorsitzende, ist an dieser Stelle erst dann zu vollziehen, wenn Herr Kuchta ausgesprochen hat. Also das ist jetzt einfach nicht griffig. Deswegen würde ich gerne Herrn Kuchta da noch zuhören. Und wenn Herr Kuchta, Sie müssen es nicht ganz ausführen, wenn Sie es bereitstellen, wenn Sie es einstellen, die Liste, dann reicht mir das auch. Dann würde mir die Zusammenfassung reichen. Danach würde ich aber, bevor Sie den Tagesordnungspunkt schließen, auch auf den Geschäftsordnungsantrag hin, hätte ich gerne noch was dazu gesagt. Ansonsten finde ich auch später Gelegenheit. Also, Sie kommen nicht drum rum. Vielen Dank.

**Herr Kuchta**

Dann würde ich an der Stelle zusammenfassen, dass der Hubsteiger an neun Werktagen insgesamt an 20 Orten im Einsatz war, über einen Zeitraum von über 50 Stunden. Wie ich eingangs bereits gesagt habe, Kostenpunkt des Hubsteigers sind 275.000 Euro. Die Einsatzdauer ist vorgesehen für 20 Jahre. Der letzte Hubsteiger ist uns nach 16 Jahren endgültig kaputtgegangen. Insofern, wenn man die 3.800 Euro Miete berücksichtigt, ergebe das nach 20 Jahren, wenn man die Preissteigerung nicht berücksichtigt, einen Gesamtbetrag von 912.000 Euro. Wenn man zugegebenermaßen wiederum 16 Jahre berücksichtigen würde, wären es 730.000 Euro. Insofern haben wir ungefähr 500.000 Euro eingespart, indem wir einen neuen Hubsteiger angeschafft haben. Vielen Dank.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herzlichen Dank. Wir haben auch keine weiteren Wortmeldungen. Insofern nun Herr Kehr wieder zieht seinen Geschäftsordnungssatz zurück. Herr Raue.

**Herr Raue**

Eine Wortmeldung hätte ich schon. Ich will dem Herrn Kuchta nur mal sagen: Lieber Herr Kuchta, Sie haben es natürlich jetzt leicht gehabt mit dem Monat Oktober, weil ja gerade jetzt, wie Sie wissen, die Möglichkeit überhaupt besteht, Kronenprofile zu schneiden. In den Monaten, wo im Prinzip Vogelschutz und sowas, da wissen Sie ja, da ist das nicht möglich. Deswegen, wenn es also tatsächlich so wäre, wie ich vermute, dass im Sommer, in den Sommermonaten sehr wenig Einsatz ist. Dann ist natürlich die Wirtschaftlichkeitsberechnung, die Sie jetzt gebracht haben, nicht ganz so griffig. Deswegen, wenn Sie uns das zur Verfügung stellen, will ich einfach mal drüberschauen. Und das ist dann in Ordnung für mich. Herzlichen Dank für die Mühe.

**Herr Kuchta**

Ich würde einen Gegenvorschlag machen, vielleicht sprechen Sie es im Frühjahr das Thema nochmal an und wir machen über den Sommer vielleicht nochmal so eine Erhebung über zwei Wochen und dann sehen wir auch in der Zeit, wo Ihrer Ansicht nach der Hubsteiger weniger gebraucht würde, was ich gerne dann abkläre und dann machen wir das gerne nochmal.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herr Sehrndt.

**Herr Raue**

Aber die Aufstellung, die Herr Kuchta, die bekommen wir aber? Sind Sie so freundlich, das ist ja kein Geheimnis. Okay, danke schön.

**Herr Sehrndt**

Ich muss mich kurz da nochmal erwähnen. Sie hatten ja meinen Namen genannt. Das kam so ein bisschen vorwurfsvoll. Ja, ich habe es so verstanden. Sie müssen sich das so vorstellen. Die Fraktion schickt einen Mitarbeiter in den Finanzausschuss. Der Finanzausschuss entscheidet. So, die Frage, war ja ein Kollege von Ihnen da, und die Frage nach den Einsätzen konnte er nicht beantworten. Das wollen wir mal festhalten. Und da muss ich sagen, wenn jemand über 275.000 oder 280.000 Euro eine Entscheidung treffen muss, hat mich sehr gewundert, dass die anderen Stadträte das natürlich, können wir erklären warum, einfach durchgewunken haben. Da ist das berechtigt zu sagen, wie oft wird denn das Ding bewegt.

Und da sind wir schon wieder, nach den Fragen von Herrn Raue, schon wieder an dem Punkt, dass es ja offensichtlich nicht so eindeutig ist. Das will ich nochmal festhalten. Und diese schnellen Entscheidungen, was nicht vorbereitet ist, das entscheidet. Das ist für mich entscheidend. Es wird also was hingelegt, schlecht bearbeitet, sage ich mal, wenn Sie sich das genau angucken. Da geht nämlich gar nichts raus hervor. Und dann wird gesagt, jawohl, da stimmen wir zu. Ich will das nicht weiter ausführen. Ich wollte das bloß bemerken. Vorwürfe muss ich mir da nicht gefallen lassen.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Frau Wolf.

**Frau Wolf**

Vielleicht noch ganz kurz. Ich finde das sehr sinnvoll, dieses Fahrzeug anzuschaffen oder diesen Hubsteiger anzuschaffen. Und nochmal auch zur Fachlichkeit, also Lichtraumprofil-schnitte zum Beispiel werden am besten in den Sommermonaten gemacht und eben gerade nicht im Herbst, weil dann nämlich die Wunden am besten wieder überweilen. Genau. So viel, dass das nicht nur im Herbst in der vegetationsfreien Periode gemacht wird, sondern eben gerade am besten im August.

**Frau Prof. Dr. Dalbert**

Herzlichen Dank. Ich denke, wir sind dann mit dem Thema von Herrn Kuchta durch und kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 7.3.

*-Wortprotokoll Ende-*

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

#### zu 7.4 Information zur Streckenliste Schwarzwild/Rehwild 2017-2023

---

**Herr Teschner** informierte über die Streckenliste Schwarzwild/Rehwild 2017-2023.

*Anmerkung: Die Abbildung ist in Session hinterlegt.*

Die Information wurde zur Kenntnis genommen

#### zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

##### zu 8.1 Anfrage Fraktion Die Linke zu Zulassungen für die Wochenmärkte und Sondernutzungen von Händler\*innen Vorlage: VIII/2024/00444

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

##### zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Gebührenerhebung bei Erstbescheiden Vorlage: VIII/2024/00464

---

**Frau Dr. Burkert** sagte, dass ihre Fraktion den Gebührenbescheid eines Bürgers der Stadtverwaltung zusenden wird und bat dann um entsprechende Stellungnahme.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

##### zu 8.4 Herr Hebeda zur Straßenbahnverbindung zwischen Frankeplatz und Riebeckplatz

---

**Herr Hebeda** fragte nach dem aktuellen Sachstand zur Straßenbahnverbindung zwischen Frankeplatz und Riebeckplatz.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass die Maßnahme voraussichtlich am 30. November abgeschlossen sein wird.

##### zu 8.5 Herr Sehrndt zum ehemaligen Xenos

---

**Herr Sehrndt** bezog sich auf das ehemalige Geschäft Xenos in der Großen Ulrichstraße und berichtete, dass sich eine Person am Eingang des Geschäftes ein Winterlager eingerichtet hat, mit allerhand Matratzen und Unrat. Er fragte nach der Zuständigkeit für die Bereinigung.

**Herr Teschner** antwortete, dass es sich hier um die Aufgaben privater Eigentümer handelt. Er sicherte eine Begehung und ggf. Kontaktaufnahme mit dem Eigentümer zu.

#### **zu 8.6 Herr Doege zu Defibrillatoren**

---

**Herr Doege** fragte nach der Anzahl der Defibrillatoren und weshalb nur wenig im halleschen Stadtgebiet vorhanden sind.

**Herr Teschner** antwortete, dass dies grundlegend kein Bestandteil des Rettungsdienstes ist, sondern eher private Daseinsvorsorge (z. B. Einkaufscenter). Er sicherte eine Nachfrage bezüglich der Vergleichszahlen beim ärztlichen Leiter des Rettungsdienstes zu.

#### **zu 8.7 Herr Doege zur Installation von Ladesäulen in der Brunnenstraße**

---

**Herr Doege** berichtete, dass ein kommunaler Vermieter (HWG) die Installation von Ladesäulen für E-Autos in der Brunnenstraße (ehemalige Sparkasse) verweigert. Er bat um Stellungnahme bezüglich der Kommunikation zu Ladesäulen auf privatem Grund zwischen den halleschen Wohnungsgesellschaften und der Stadt bzw. den Stadtwerken.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 8.8 Frau Dr. Burkert zum Heideparkplatz**

---

**Frau Dr. Burkert** bezog sich auf den Heideparkplatz und berichtetet, dass die Fahrradüberstände sehr verdreckt sind und der vorhandene Müllbehälter das Fassungsvermögen des anfallenden Mülls nicht aufnehmen kann. Sie fragte, ob der Zustand der Stadtverwaltung bekannt ist und ob Maßnahmen zur Beseitigung des Missstandes ergriffen werden.

**Herr Teschner** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 8.9 Frau Dr. Burkert zu Automatik-Defibrillatoren bei Freiwilligen Feuerwehren**

---

**Frau Dr. Burkert** berichtete, dass die freiwilligen Feuerwehren in Dresden zum Teil mit Automatik-Defibrillatoren ausgestattet werden. Sie fragte nach dem Sachstand bei den Freiwilligen Feuerwehren in Halle (Saale). Sie ergänzte, dass die Defibrillatoren aufgrund von Spenden in Dresden angeschafft werden konnten.

**Herr Teschner** sicherte eine Mitteilung in der kommenden Ausschusssitzung zu Defibrillatoren zu.

#### **zu 8.10 Herr Raabe zum Antrag "Stille Stunde"**

---

**Herr Raabe** bezog sich auf die Umsetzung des Beschlusses (Antrag DIE PARTEI zur „Stillen Stunde“) und fragte, inwiefern das Angebot einer stillen Stunde auf dem kommenden Weihnachtsmarkt geplant ist.

**Herr Teschner** antwortete, dass es jeden Tag zu Beginn des Weihnachtsmarktes eine stille Stunde (ohne Musik) geplant ist.

**Herr Raabe** fragte, ob es dazu noch eine öffentliche Mitteilung der Stadtverwaltung geben wird.

**Herr Teschner** antwortete, dass es dazu noch eine Pressemitteilung geben wird.

#### **zu 8.11 Herr Raabe zu Halle zählt selbst**

---

**Herr Raabe** bezog sich auf die Aktion „Halle zählt selbst“ und fragte, wie die 4.500 Rückläufer weiter geprüft werden sollen, welche Erwartungen die Stadtverwaltung hat und wo man diese verortet.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### **zu 8.12 Herr Riedel zum TOP 7.4**

---

**Herr Riedel** bezog sich auf den TOP 7.4 und fragte, ob es als Nutzer der Dölauer Heide bedenklich ist.

**Herr Teschner** antwortete, dass es konkrete Verhaltensregeln beim Antreffen von Wildtieren gibt (Sicherheitsabstand einhalten). Generell haben Wildtiere keinen Jagdtrieb. Die Anzahl der Zwischenfälle, sowohl in Halle als auch im Bundesgebiet, beschränkt sich auf Einzelfälle. Eine Gefahr ist somit nicht gegeben.

#### **zu 8.13 Herr Menke zum Allgemeinzustand der Straßen**

---

**Herr Menke** bezog sich auf den Allgemeinzustand der Straßen und fragte, ob Straßen in Bezug auf Gefahrenstellen durch die Stadtverwaltung geprüft werden.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass es sogenannte Streckenläufer gibt, die Straßen abprüfen. Es soll ein Kataster erstellt werden, welches einen Gesamtüberblick über den Zustand der halleschen Straßen geben soll. Auch wenn das Budget zur Instandsetzung nicht ausreicht, ist geplant, vorrangig Straßen im Zuge der Gefahrenabwehr wieder zu ertüchtigen. Er ergänzte, dass Brücken immer Vorrang vor der Straße haben.

**Herr Menke** fragte, ob die Streckenläufer auch nach dem Straßenbegleitgrün schauen und ob diese beispielsweise die Sicht auf vorfahrtberechtigte Straßen versperren.

**Herr Rebenstorf** bat darum, konkrete Hinweise in seinem Geschäftsbereich anzuzeigen. Straßenbegleitgrün liegt in der Zuständigkeit des Fachbereichs Umwelt.



#### zu 8.14 Herr Neumann zum Rodell am Riebeckplatz

---

**Herr Neumann** bezog sich auf die unzureichende Beleuchtung im Rondell am Riebeckplatz. Er fragte, ob dies der Stadtverwaltung bekannt ist und ob Verbesserungen geplant sind.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass dies der Stadtverwaltung bekannt ist. Leider handelt es sich hier um keine standardisierte technische Ausstattung. Eine Ersatzbeschaffung erweist sich aufgrund der Spezialleuchtkörper als schwierig. Ein konkreter Zeitrahmen kann nicht genannt werden. Bei den geplanten Umbauten am Riebeckplatz sollen die Beleuchtung standardisiert/vereinfacht werden.

#### zu 8.15 Herr Neumann zur Auslastung von Parkhäusern

---

**Herr Neumann** bezog sich auf die Ergebnisse zur Auslastung von Parkhäusern und die Live-Anzeige und sagte, dass dies im Zuge der IFA-Projekte veröffentlicht werden soll. Er fragte, nach den Daten.

**Herr Rebenstorf** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

#### zu 8.16 Herr Dr. Erdsack zu Wochenmärkten

---

**Herr Dr. Erdsack** fragte, inwiefern geprüft wurde, ein Wirtschaftskonzept für Wochenmärkte zu entwickeln, um Gewinne für solche Märkte generieren zu können.

**Herr Teschner** antwortete, dass es Ziel ist, einen ausgeglichenen Haushalt im Bereich Märkte zu haben und die Qualität solcher Märkte zu verbessern. Im Rahmen des Leitbildes Marktplatzes soll die Thematik mit beleuchtet werden.

#### zu 9 Anregungen

---

##### zu 9.1 Herr Dr. Erdsack zu Mitteilungen

---

**Herr Dr. Erdsack** regte an, Mitteilungen wie beispielsweise zum Hubsteiger als Präsentation zu visualisieren, um ein Mitlesen zu ermöglichen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Frau Prof. Dr. Dalbert** den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Für die Richtigkeit:

---

Prof. Dr. Claudia Dalbert  
Ausschussvorsitzende

---

Sarah Lange  
Protokollführerin